

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

<https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Sorg(e)loser Staat, souveränes Subjekt?

Ein Interview mit Gundula Ludwig über
unerwartete Normalität und das Ausblenden
von Verletzbarkeit in der Pandemie

Sonja Luksik

In der Ausgabe 46, 2022:
„Corona, Demokratie und politische Bildung.
Ansatzpunkte, Deutungen, Zugänge“



Sorg(e)loser Staat, souveränes Subjekt?

Ein Interview mit Gundula Ludwig über unerwartete Normalität und das Ausblenden von Verletzbarkeit in der Pandemie

Sonja Luksik

Zitation Luksik, Sonja (2022): Sorg(e)loser Staat, souveränes Subjekt? Ein Interview mit Gundula Ludwig über unerwartete Normalität und das Ausblenden von Verletzbarkeit in der Pandemie. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 46, 2022. Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin/ausgabe-46/>.

Schlagworte: Bio-Macht, Biopolitik, Foucault, Geschlechterkonstruktion, Geschlechterrolle, Krise, Souveränitätsphantasma, Staat, Verletzbarkeit, soziale Ungleichheit, Neoliberalismus



Abstract

Gundula Ludwig, Professorin für Sozialwissenschaftliche Theorien der Geschlechterverhältnisse an der Universität Innsbruck und Leiterin der Forschungsplattform Center Interdisziplinäre Geschlechterforschung Innsbruck spricht im Interview mit Sonja Luksik über die Funktionsweisen von Bio-Macht und geschlechtlicher Arbeitsteilung in Krisenzeiten. Der Begriff Bio-Macht (nach Michel Foucault) verdeutlicht die subtilen Machtmechanismen des Staates, welche auf eine Optimierung des Lebens der Bevölkerung abzielen. In Pandemien spiele Bio-Macht eine ganz zentrale Rolle, so Ludwig. In den letzten zwei Jahren fiel ihr zudem ein „Souveränitätsphantasma“ in der staatlichen Krisenbearbeitung auf. Der Staat konstruiere demnach stets souveräne Staatsbürger*innen und biete in Ausnahmesituationen vermeintliche Sicherheit an – und blende dabei Körper, Bedürfnisse, Emotionen und soziale Beziehungen aus. Gundula Ludwig stellt dem gegenüber ein Politikverständnis und eine gesellschaftliche Transformation, die Sorge und Verletzbarkeit zum Ausgangspunkt nehmen.

Sorg(e)loser Staat, souveränes Subjekt?

Ein Interview mit Gundula Ludwig über unerwartete Normalität und das Ausblenden von Verletzbarkeit in der Pandemie

Sonja Luksik

Wurde zu Beginn der Pandemie noch über strukturelle Probleme in unserer Gesellschaft gesprochen, war bereits kurz danach ein Festhalten an der Normalität beobachtbar, zeigt sich Gundula Ludwig erstaunt.

Sonja Luksik: Gundula, du hast dich bereits ab dem Frühling 2020 aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive den politischen und gesellschaftlichen Dimensionen der Covid-Pandemie angenähert. Was hat dich in den letzten zwei Jahren am meisten überrascht?

Gundula Ludwig: Am meisten hat mich das Festhalten an der Normalität überrascht. In den ersten Wochen und Monaten der Pandemie gab es einen Schockeffekt. Das lag auch daran, dass eine Verletzbarkeit in den globalen Norden eingedrungen ist, die davor für viele gut verdrängbar war. In der Anfangszeit der Pandemie wurde viel über strukturelle Probleme gesprochen. Fragen wie „Ist ein neoliberaler Kapitalismus überhaupt tragfähig?“, „Wie geht die Gesellschaft mit Sorge um?“ oder „Warum steigen die Fälle häuslicher Gewalt im Lockdown?“ kamen in der öffentlichen Debatte auf. Auch die Klimafrage wurde sehr schnell mit der Pandemie verbunden.

Aus einer emanzipatorischen Perspektive war es also zuerst einmal erstaunlich, dass plötzlich

Themen diskutiert wurden, die kritische oder feministische Sozialwissenschaftler*innen schon ganz lange beschäftigten. Diese Diskussion hielt jedoch nicht lange an. Kurz vor dem Sommer 2020 kam das Versprechen: „Wir können alle einen normalen Sommer haben!“ Das war ein wichtiger Kipppunkt. Seitdem wundert es mich sehr, dass vieles zwar weiterhin auf dem Kopf steht und Zusatzbelastungen andauern, gleichzeitig jedoch alles weitgehend „normal“ weiterläuft und weiterlaufen soll.

Das passiert erstens vor dem Hintergrund, dass es im Leben der Einzelnen massive Einschnitte gab – wie beispielsweise Einkommensverluste, Mehrfachbelastung für Alleinerzieher*innen, Home-Schooling, Angstzustände bei Jugendlichen etc. Und zweitens sehen wir jetzt einmal mehr, dass unsere Gesellschaft keine nachhaltige ist und zahlreiche strukturelle Probleme mit sich bringt. Trotzdem lautet das dominante Credo: „Weiter so!“ Das ist gerade im Kontext einer multiplen Krise wirklich bemerkenswert. So wie es derzeit aussieht, gehen wir aus dieser Pandemie mit einer Verschärfung sozialer

Ungleichheiten und Marginalisierungen sowie einer Vertiefung des Neoliberalismus heraus.



Im Gespräch: Gundula Ludwig, Foto: Michelle Schmollgruber

Nach einem Studium der Erziehungswissenschaften/Kritische Geschlechter- und Sozialforschung an der Universität Innsbruck, Universität Wien, Humboldt-Universität zu Berlin und der University of New Orleans promovierte Gundula Ludwig 2010 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien im Bereich queer-feministischer Staatstheorie. 2021 habilitierte sie sich mit einer Arbeit an der Schnittstelle von Politischer Theorie, Medizingeschichte und Gender Studies an der Universität Bremen.

Gundula Ludwig war u.a. Fulbright Visiting Professor am Department of Gender, Women and Sexuality Studies der University of Minnesota, Vertretungsprofessorin im Bereich „Diversity Politics“ am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und Gastprofessorin am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Seit 1.9.2021 ist sie Professorin für Sozialwissenschaftliche Theorien der Geschlechterverhältnisse an der Universität Innsbruck und Leiterin der Forschungsplattform Center Interdisziplinäre Geschlechterforschung Innsbruck.

Ludwigs Forschungsschwerpunkte umfassen u.a. Staats-, Demokratie-, Macht- und Gesellschaftstheorien aus queer-feministischer Perspektive, Körper- und Biopolitiken, Politische Ökonomie, Geschlecht und Heteronormativität sowie Körper- und Medizingeschichte.

Der Philosoph Michel Foucault hat gezeigt, dass Körper eine ganz wichtige Rolle bei der staatlichen Machtausübung spielen – auch und gerade

in der Demokratie. In der Pandemie hat sich diese „Bio-Macht“ sehr deutlich gezeigt. Wie funktioniert sie?

Foucault hat uns gezeigt, dass Macht sehr subtil und nicht nur über Gesetze, Verbote und Repression operiert. Macht drückt sich auch über (Selbst-)Führung, also subtile Formen des Regierens, aus. Subjekt und Macht sind nicht zwei getrennte Pole, sondern Macht schreibt sich in unsere Körper und Psyche ein.

Mit Foucaults Begriff der Bio-Macht lässt sich auch der Staat besser verstehen. Der Staat ist demnach ein weiter Staat und wirkt auch über subtile Machtmechanismen auf Menschen. Beispielsweise werden wir bei Schönheit oder Sexualität ja nicht direkt gezwungen, nach vorherrschenden Normalitätsvorstellungen zu leben – trotzdem machen es viele von uns, ohne dass es uns auffällt. Für die Bio-Macht ist der Körper eine ganz zentrale Schnittstelle und ein Terrain, in dem sich staatliche Macht materialisiert.

Foucault hat außerdem deutlich gemacht, dass Bio-Macht das Leben der Bevölkerung optimieren soll. Das bedeutet aber nicht, dass das Leben aller optimiert werden soll. Rassismus ist hier eine wichtige politische Technik, um eine Grenze zu ziehen zwischen denen, die geschützt werden sollen, und denen, die dem Tod preisgegeben werden. In der Pandemie haben wir deutlich gesehen, dass der biopolitische Staat nicht alle Menschen gleichermaßen schützt. Nationalstaaten haben vor allem ein Interesse daran, „ihre“ Bevölkerungen zu schützen. Die, die nicht dazu zählen, wie zum Beispiel Menschen an den EU-Außengrenzen, bleiben schutzlos. Auch der Schutz von Obdachlosen, Sexarbeiter*innen oder prekär-Abgesicherten steht nicht im Zentrum des biopolitischen Staates.

Hat Foucault diese rassistischen und vergeschlechtlichten Funktionsweisen der Bio-Macht selbst thematisiert oder kamen solche Überlegungen von anderen Theoretiker*innen?

Foucault hat sich nicht systematisch mit Geschlechterverhältnissen oder Kolonialismus auseinandergesetzt, er verweist nur ab und zu darauf. Es ist wichtig zu betonen, dass die Einbeziehung dieser Funktionsweisen das Verdienst von queer-feministischen und postkolonialen Wissenschaftler*innen ist. Geburtenregulierung, Gesundheit und Hygiene

galten und gelten als primär weibliche Bereiche und Zuständigkeiten – damit hat sich Foucault gar nicht beschäftigt, das war eben eine Ergänzung von Queer-Feminist*innen.

Foucault beschäftigt sich zudem mit einem ganz spezifischen Rassismus, dem biologischen Staatsrassismus ab dem 19. Jahrhundert. Er blendet dabei aus, dass die Genealogie des Rassismus und die Struktur des Nationalstaates in einem kolonialen Gefüge entstanden sind. Bestimmte biopolitische Maßnahmen wurden erstmals in den Kolonien ausprobiert (z.B. Bevölkerungsregulierung durch die Regulierung sexueller/ehelicher Beziehungen zwischen Kolonialisten und Kolonisierten). Dass die Kolonien ein Laboratorium für Biopolitik waren, hat Foucault nicht systematisch erfasst. Das haben postkoloniale Theoretiker*innen aufgezeigt.

In der Pandemie greift der kapitalistische, biopolitische Staat stärker als sonst auf traditionelle Geschlechterrollen und eine damit verbundene Arbeitsteilung zurück. Warum ist für den Staat das Geschlechterverhältnis so zentral, gerade in Zeiten wie diesen?

Geschlecht erweist sich als passende Konstruktion, um bestimmte Aufgaben wie Gesundheit oder Reproduktion zu delegieren und somit auch Arbeit zu verteilen. Das haben wir sehr stark in der Pandemie beobachten können: Jeder Staat basiert auf ungleicher, vergeschlechtlichter Arbeitsteilung – das ist sozusagen sein „Back-up“. Ganz viel gesellschaftlich notwendige Sorge- und Reproduktionsarbeit kann über Geschlechterverhältnisse ausgelagert werden.

Geschlechterkonstruktionen, die suggerieren, dass Frauen „natürlicherweise“ besser geeignet seien für Sorgearbeit, sind Voraussetzung dafür, dass der Staat Sorgearbeit auslagern kann. Und Geschlechterkonstruktionen sind die Bedingung dafür, dass wir gesellschaftlich so tun können, als ob das alles keine Arbeit wäre, sondern eine „Liebestätigkeit“ von Müttern, Ehefrauen etc. Einerseits hat sich die Brüchigkeit dieser Arrangements in der Pandemie deutlich gezeigt. Andererseits hat der biopolitisch-kapitalistische Staat diese Arrangements zusätzlich verdichtet. Denn die Gleichzeitigkeit von Home-Office, Home-Schooling und Home-Betreuung heißt: Die Betreuung von Kindern ist keine Arbeit und man kann sie irgendwie nebenbei erledigen.

Wichtig ist auch noch zu betonen, dass sich vergeschlechtlichte Logiken in den Staat eingeschrieben haben. Der Staat agiert so, als ob Staatsbürger*innen körperlose, bedürfnislose und stets gesunde Subjekte sind. Fragen von Verletzbarkeit und Bedürfnissen werden ins Private verschoben und auch privat organisiert und gelten immer noch als „weibliche Zuständigkeit“. Auf diese vergeschlechtlichte Arbeitsteilung baut der moderne, westliche Staat auf.

Bezugnehmend auf die staatliche Krisenbearbeitung der Pandemie beobachtest du ein „Souveränitätsphantasma“. Was genau meinst du damit?

Das Souveränitätsphantasma lässt sich auf zwei Ebenen gut erklären. Erstens geht der Staat davon aus, dass die Staatsbürger*innen stets souveräne Subjekte sind. Also dass es sich um Menschen handelt, die nie verletzbar sind oder nie Bedarf an Pflege und Sorge haben. Die Konstruktion des modernen Staatsbürgers ist andro- und eurozentrisch, weil sie ausblendet, was das Leben – wie Judith Butler geschrieben hat – ausmacht: Verletzbarkeit. Wir sind immer verletzbar, aber der Staat leugnet das in der Konstruktion des Staatsbürgers. Wir organisieren unsere Politik und Gesellschaft nicht entlang der Frage „Wie kann für alle gut gesorgt werden?“, sondern blenden diese ununterbrochen aus. Stattdessen erscheint der Staatsbürger als souveränes Individuum ohne Körper, Bedürfnisse, Emotionen oder soziale Beziehungen. Auf der ersten Ebene sehen wir das Souveränitätsphantasma also in der Konstruktion des Staatsbürgers.

Zweitens wird auch die Politik in der Ausnahmesituation der Corona-Krise vom Souveränitätsphantasma getragen. Die Pandemie hat uns deutlich gezeigt, dass das Leben nie vorhersehbar ist. Es kann in der nächsten Stunde ein Erdbeben passieren oder jemand erkrankt. Leben bedeutet, einer Nicht-Vorhersehbarkeit ausgesetzt zu sein. Die Rhetorik staatlicher Politik in der Pandemie bot jedoch immer eine vermeintliche Sicherheit an. Politik wurde nicht zu einem Raum, in dem man über Verunsicherungen, Sorgen und Ängste sprechen konnte. Das hängt sehr eng mit einem Normalitätsfetisch zusammen. Es entstand der Eindruck, dass man in einer langanhaltenden Ausnahmesituation souverän sein könne und sollte.

Dieses souveräne Versprechen ist auch in sich vergeschlechtlicht, weil es sehr eng mit einer Figur des Politikers als Retter verknüpft ist. Die Rhetorik, dass es gelte, das Virus zu besiegen, bezieht sich auf eine souveräne Vorstellung davon, wie man mit einer Ausnahmesituation umgeht. Man hätte ja auch die nicht-notwendige Produktion herunterfahren, die Matura-Jahrgänge verschieben und die ECTS-Anforderungen an den Universitäten senken können. Und sich eingestehen: Wir sind nie souverän. Gerade eine Ausnahmesituation wie eine Pandemie bietet doch eine gute Gelegenheit, das Souveränitätsphantasma aufzugeben und stattdessen zu fragen: „Was braucht es global, damit alle gut durch diese Krise durchkommen?“ Solche Fragen wurden jedoch durch das Souveränitätsphantasma verschluckt.

Das staatliche Versprechen der Kontrolle und Sicherheit in der Pandemie kann ja auch nur zu Frustration in der Bevölkerung führen, da es nie erfüllt werden kann. Gleichzeitig frage ich mich, wie eine Loslösung vom Souveränitätsphantasma gelingen könnte. Denn der Staat wird nicht von alleine bemerken oder ein Interesse daran haben, festzustellen: „Aja, anders wäre es wohl wirklich besser.“ Hier geht es also um gesellschaftliche Kämpfe und Auseinandersetzungen.

Genau, es bräuchte ein ganz anderes Verständnis von Politik, das eben Sorge und Verletzbarkeit als Ausgangspunkt nimmt, und nicht ein Souveränitätsphantasma.

Kommen wir zur abschließenden Frage: Wie kommen wir aus dieser Gesundheitskrise, die sich zu einer Gesellschaftskrise entwickelt hat, wieder raus? Einfache oder schnelle Rezepte gibt es dafür wohl nicht, aber vielleicht hast du abschließend ein paar Gedankenanstöße für uns?

Wenn wir davon ausgehen, dass sich die Gesundheitskrise zu einer sozialen und globalen Krise ausgeweitet hat, dann können die Antworten für einen Ausweg eigentlich nur strukturelle Veränderungen sein. Es bräuchte eine Transformation des vergeschlechtlichten, postkolonialen Kapitalismus. Das jetzige System bietet strukturell keinen Raum für ein nachhaltiges Leben und für einen nicht-herrschaftsförmigen Umgang mit Sorge. Das zeigt sich auch in anderen Krisen wie der Klimakrise. Man muss nur aus dem Fenster schauen, um zu begreifen, was in der multiplen Krise unserer Gegenwart alles falsch läuft. Die Transformation dieses zerstörerischen Gesellschaftssystems muss zudem mit der Veränderung des Politikverständnisses einhergehen. Anstatt der Aufrechterhaltung von Herrschaftsverhältnissen zu dienen, gilt es, Formen der Politik zu entwickeln, die vom Leben, von der Sorge und der Verletzbarkeit ausgehen. Dabei wird unweigerlich die Frage aufkommen: Was ist eigentlich gesellschaftlich wichtige Arbeit und wie können wir sie jenseits von Herrschaftsverhältnissen organisieren?

Der Ausweg aus der Krise müsste also in der Veränderung von destruktiven gesellschaftlichen Strukturen und der Überwindung des hegemonialen Politikverständnisses liegen, das auf dem Souveränitätsphantasma basiert. Auf diese Weise würden wir auch die Vorstellung des Menschen als abgeschlossene, souveräne Monade, die völlig beziehungs-, bedürfnis- und körperlos durch die Welt geht, überwinden. Diese Grundlagen von Politik würden ersetzt werden durch ein Politikverständnis, das sich um folgende Frage dreht: Wie können wir vom Leben, den Bedürfnissen und der Relationalität der Menschen ausgehen und Gesellschaft so organisieren, dass sie nicht auf Herrschaftsverhältnissen (wie Geschlechterverhältnissen oder kolonialen Verhältnissen) basiert?



Foto: K. K.

Sonja Luksik, M.A.

luksik@politischebildung.at
<http://www.politischebildung.at>
+43 (0)1 5046858-16

Sonja Luksik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Trainerin bei der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB). Als Mitarbeiterin im ÖGPB-Geschäftsbereich „Bildungsangebote und Projektberatung“ leitet sie Workshops und Trainings für Multiplikator*innen und Erwachsenenbildner*innen. Sonja Luksik studierte Politikwissenschaft an der Universität Wien und der Centr  Européen Universitaire (CEU) in Nancy, Frankreich.

Careless State, Sovereign Subject?

An interview with Gundula Ludwig on unexpected normality and the ignoring of vulnerability in the pandemic

Abstract

The professor of social theory of gender relations (Sozialwissenschaftliche Theorien der Geschlechterverhältnisse) at the University of Innsbruck and head of the research platform Center for Interdisciplinary Gender Studies Innsbruck is interviewed by Sonja Luksik about how biopower and gendered division of labor function in times of crisis. The term biopower (after Michel Foucault) explains the subtle power mechanisms of the state that aim to optimize the life of its population. According to Ludwig, biopower plays a very central role in pandemics. In the past two years, she has also noticed a „specter of sovereignty“ in state crisis management. She finds the state always constructs sovereign citizens and offers supposed safety in exceptional situations – ignoring bodies, needs, emotions and social relationships. Gundula Ludwig contrasts this with an understanding of politics and a societal transformation that take concern and vulnerability as its starting point.

Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
Gefördert aus Mitteln des BMBWF
erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck
Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)
ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783755792864

Projektträger



CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5
A-8020 Graz
ZVR-Zahl: 167333476

Medieninhaber



Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
A-1010 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

Herausgeber*innen der Ausgabe 46, 2022

Sonja Luksik MA (ÖGPB)
Dr. Stefan Vater (VÖV)

Herausgeber*innen des Magazin erwachsenenbildung.at

MinR Robert Kramreither (BMBWF)

Fachbeirat

Univ.-Prof.* Dr.* Elke Gruber (Universität Graz)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für Höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mag.* Julia Schindler (Universität Innsbruck)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Mag. Lukas Wieselberg (ORF science.ORF.at und Ö1)

Redaktion

Mag.* Bianca Friesenbichler (Verein CONEDU)
Mag. Wilfried Frei (Verein CONEDU)

Fachlektorat

Mag.* Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.* Andrea Kraus

Satz

Mag.* Sabine Schnepfleitner (Verein CONEDU)

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at – Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von AutorInnen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik u. Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von AutorInnen eingesendeten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter <https://erwachsenenbildung.at/magazin> kostenlos verfügbar. Das Online-Magazin erscheint parallel auch in Druck (Print-on-Demand) sowie als E-Book.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheint die Online-Version des „Magazin erwachsenenbildung.at“ ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an magazin@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p. A. CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5, A-8020 Graz
magazin@erwachsenenbildung.at